

Gastkolumne

Das Schiedsgericht, ein Schweizer Beitrag

Die Liebe zum Schiedspruch findet sich bereits bei den alten Eidgenossen. Aber nicht jedes Schiedsgericht taugt etwas



Paul Widmer

Schiedsgerichte haben in der Schweiz einen guten Klang. Sie sind tief mit der Entstehung unseres Staatswesens verwoben. Nun ist ihnen auch im institutionellen Rahmenabkommen mit der EU eine wichtige Rolle zugeordnet. Werfen wir daher einen Blick zurück und schauen, weshalb die Schweizer diese Art von Streitbeilegung hochschätzen.

Die Eidgenossenschaft entstand aus Opposition gegen die Adelherrschaft. Die nach Selbständigkeit strebenden Orte waren nicht bereit, eine übergeordnete Autorität anzuerkennen - ausser Gott und den Kaiser. Ohne Recht und Gerichte kamen indes auch die Schweizer nicht aus. Aber etwas unterschied sie von den andern: Während die Untertanen ringsum ihrem Herrscher einen Gehorsamseid ablegten, schworen die Schweizer ihren Eid sich selbst oder ihrer Genossenschaft. Dadurch wurden sie zu Eid-Genossen. Sie beauftragten keinen Fürsten oder Vogt, die Gerichtsurteile mit Gewalt durchzusetzen. Das taten sie selbst. Deshalb sahen die Bündnisverträge meist auch Verfahren zur Streitschlichtung vor.

Schon das Bündnis von 1291 sah für Streitigkeiten einen unbeteiligten Dritten als Friedensstifter vor, spätere Verträge ebenso. Und mit dem Stanser Verkommnis setzte Bruder Klaus ein Paradebeispiel für eine hilfreiche

Vermittlung. Schiedspruch und Vergleich waren demnach ein Markenzeichen der Eidgenossenschaft, dass man es im übrigen Europa das Gesetz der Eidgenossen nannte.

Dieses Gedankengut wurde über die Jahrhunderte gepflegt, und es wirkt bis in die Gegenwart nach. Innenpolitisch zeugt das wichtige Friedensabkommen von 1937 in der Maschinen- und Metallindustrie von diesem Geist, ebenso die paritätischen und tripartiten Kommissionen, die Probleme zwischen den Sozialpartnern regeln.

Desgleichen hinterliess das Gedankengut in der Aussenpolitik tiefe Spuren. Es gibt kaum ein Land, das sich international so stark für die Schiedsgerichtsbarkeit eingesetzt hat wie die Schweiz. Der grosse Völkerrechtler Max Huber kämpfte um die Wende zum 20. Jahrhundert auf den beiden Haager Konferenzen für eine völkerrechtliche Verankerung der friedlichen Streitbeilegung. Und nach dem Ersten Weltkrieg verfasste er im Namen des Bundesrats eine Botschaft, welche das Fundament legte für ein dichtes Netz von Schieds- und Vergleichsverträgen mit andern Staaten. Solche Verträge nützten, meinte Huber, der Schweiz mehr als eine politische Vermittlung von Grossmächten.

Doch damit nicht genug der Nachwirkungen. Als der Bundesrat Anfang der siebziger Jahre beschloss, an der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) teilzunehmen, griff die Schweizer Delegation auf Hubers Vorlagen zurück und brachte einen Entwurf für ein europäisches System der friedlichen Streitbeilegung ein. Dies war unser spezifischer Beitrag. Das Interesse der Grossstaaten war allerdings, gelinde gesagt, gering. Zwar schleppte man die Angelegenheit jahrelang auf der Tagesordnung mit, aber man belächelte sie als



Es gibt kaum ein Land, das sich international so stark für die Schiedsgerichtsbarkeit eingesetzt hat wie die Schweiz.

Schweizer Steckenpferd. Erst nach dem Ende des Kalten Kriegs, als sich Frankreich für die Sache zu interessieren begann, kam Schwung auf. Nun verabschiedete die KSZE in Windeseile ein entsprechendes Übereinkommen - das allerdings bis heute noch nie benützt wurde.

Mit dem Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU scheint die Schiedsgerichtsbarkeit ein ausserpolitisches Revival zu erleben. Der Entwurf schlägt vor, Streitfälle, die man im Gemischten Ausschuss nicht lösen kann, einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Ein vernünftiger Vorschlag, würde man meinen. Aber er hat einen Haken. Denn das vorgeschlagene Schiedsgericht ist nicht unabhängig. Wann immer EU-Recht betroffen ist - und in den meisten Fällen dürfte das so sein -, wäre es verpflichtet, den Europäischen Gerichtshof anzurufen. Und dessen Rechtsauslegung wäre verbindlich. Das Schiedsgericht wäre an die EU-Leine genommen. Was würde passieren, wenn es sich nicht an die Vorgaben hielt? Man weiss es nicht. Im Vertrag steht nichts dazu. Aber eines ist gewiss: Diese Art von Schiedsgericht förderte die politische Einmischung einer Grossmacht - etwas, das man früher mit der Schiedsgerichtsbarkeit gerade vermeiden wollte.

Der Bundesrat war gut beraten, Streitfälle nicht, wie zuerst diskutiert, durch den Europäischen Gerichtshof beurteilen zu lassen. Ein Schiedsgericht ist demgegenüber eine akzeptablere Lösung. Aber der Wechsel sollte nicht nur kosmetischer, sondern auch substantieller Natur sein. Doch daran fehlt es in diesem Entwurf.

Paul Widmer war Diplomat und lehrte an der Uni St. Gallen internationale Beziehungen.



Medienkritik

Persilschein? Journalisten als Weichspüler



Stephan Klapproth

Schon als Kind hielt ich Rotkäppchen für eine Dumpfbacke. Erkennt den Wolf nicht, nur weil er mit einem Häubchen im Bett das harmlose Grosi spielt. Nach dem Verdikt des US-Sonderermittlers zu Russland ist klar: Auch Journalisten übersehen das Böse unter der Decke oft sträflich.

«Jetzt kann Trump den Spiess umdrehen», titelte in der «Sonntags-Zeitung» USA-Korrespondent Martin Suter, denn: «Der Präsident erhält von Sonderermittler Mueller einen Persilschein». Über weisse Wäsche lässt sich ja streiten. Da aber Mueller den Vorwurf der Justizbehinderung unüberhörbar offenlässt, steht Suters weisser Riese doch eher grau da!

Aber erst durch andere Sprachbilder schleicht sich in den Artikel ein propagandistischer Ungeist, wie ihn Märchenonkel Donald aus Amerika mitunter selbst in europäischen Qualitätszeitungen zu entfesseln weiss. «Es hätte der grosse Königsmord werden sollen. Doch die Verschwörer sind aufgelaufen», meldet der Korrespondent weiter. Und dreht so Muellers rechtsstaatlich lupenreine Untersuchung zum Dolchstoss-Drama um. In dem Trumps Gegner flugs als «Intriganten» auftreten.

Genau das bezwecken die Demokratiefeinde weltweit: ein grosses Wirrwarr, wo nicht mehr auszumachen ist, wer Verdächtiger, wer Täter und wer Opfer ist. Als «phénomène de plume» habe sich der Faschismus mit sprachlichen Verschiebungen in den dreissiger Jahren ins demokratische Frankreich eingeschlichen, schreibt der Philosoph Michaël Foessel. Auch ohne das F-Wort: Klar sein, wo die Dinge klar sind, ist Journalistenpflicht. Und sie sind es: Wer auf Youtube «Russia, if you're listening» eingibt, stösst auf Trumps Rede, in der er Russland zum Hacken von Hillary Clintons E-Mails aufruft. So viel Recherche muss sein. Sonst sticke ich mir auf ein rotes Käppchen: «Make journalists think again».

Stephan Klapproth ist Ex-Newsanchor, Uni-Dozent und Kongressmoderator.

49 Prozent

Unsere Familie in der Klimaklemme



Patrick Imhasly

Bald demonstrieren sie wieder. Am 6. April wollen die Jugendlichen in der Schweiz erneut auf die Strasse gehen, um die Gesellschaft aufzurütteln, dass sie endlich etwas gegen den Klimawandel unternimmt. Es ist berührend zu sehen, wie sich die jungen Menschen politisch engagieren - auch wenn die wenigsten von ihnen ihre Handys als Klimaschädlinge entsorgen. Aber wer ist in seinem Handeln schon konsequent bis in die letzte Faser?

In einem emotionalen Appell bieten die Aktivisten ihre Eltern auf. «Ihr seid für uns da. Weil ihr uns eine Zukunft schenken wollt. Eine Zukunft voller Hoffnung. Doch wir müssen euch enttäuschen. Und es tut uns im Herzen weh: Unsere Generation hat keine

Zukunft. Wir brauchen euch. Bitte kämpft mit uns!», haben sie im «Blick» erklärt. Mein zwölf Jahre alter Sohn hat bisher noch nicht an den Klimademos teilgenommen, aber er unterstützt deren Anliegen voll und ganz: «Ihr 50-Jährigen müsst euch keine Gedanken mehr machen, euch betrifft der Klimawandel nicht mehr - aber uns schon. Die Umwelt ist mega schlecht unterwegs, und niemand will sich seine Zukunft versauen lassen», sagt er.

Der Aufruf bringt Familien in die Klimaklemme. Die Sommerferien sind geplant, viele Eltern stecken in der Vorbereitung für die Herbstferien. Mindestens eine Reise mit dem Flugzeug soll es sein - aber Fliegen ist nun halt einfach besonders umweltschädlich. Es ist zum Schänden. Die einen Familien wagen gar nicht mehr zu erzählen, dass sie nach Panama fliegen, in den anderen erlassen die Mütter nach dem Buchen eines ersten Fluges ein Flugverbot für den Rest des Jahres. Und unser Sohn will wissen, ob es eine Alternative für den geplanten Flug nach Lissabon gebe. Die gibt es, aber sie bedeutet: 25 Stunden pro Reise im Zug und viermal umsteigen, anstatt 2 Stunden im Flugzeug.

Im gleichnamigen Buch des Schweizer Autors Pascal Mercier alias Peter Bieri ist «Der Nachtzug nach Lissabon» eine Chiffre für eine melancholische Reise in die Tiefen der eigenen Seele - für eine Familie mit zwei Kindern ist es ein Trip in die Hölle.

Aber es kommt noch heftiger: Familien seien grundsätzlich schlecht fürs Klima, will uns eine Debatte glauben machen, die derzeit Deutschland in Atem hält. Losgetreten hat sie die Gymnasiallehrerin Verena Bruntschweiger mit ihrem Manifest «Kinderfrei statt kinderlos». Sie rät ihren Geschlechtsgenossinnen dringend davon ab, sich fortzupflanzen - als Rebellion gegen die sozialen Erwartungen an die Frauen und weil der Umwelt nichts so sehr schade, wie Kinder in die Welt zu setzen, die mit ihrer Konsumsucht die gute alte Erde immer stärker auslaugen.

Die «Birth Strikers» beziehen sich auf eine Studie, wonach eine Person 58,6 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr einsparen kann, wenn sie keine Kinder hat. Das ist weit mehr als die 2,4 Tonnen bei einem Verzicht auf das Auto. Die Zahl ist allerdings höchst umstritten, wie der Politologe Gregor Walter-Drop jüngst in



Der Sohn will wissen, ob es eine Alternative für den geplanten Flug nach Lissabon gebe.

der «Zeit» nachgewiesen hat. Was man aber nicht wegdiskutieren kann: Wer die Erde gar nicht erst betritt, hinterlässt keinen ökologischen Fussabdruck. Auf der anderen Seite würden bei einem Geburtsstreich der Frauen zumindest die westlichen Gesellschaften noch viel stärker vergreisen, als sie das ohnehin schon tun. Und wer soll die Menschheit ökologisch und technisch weiterbringen, wenn nicht unsere Kinder?

Ich gestehe: Wir sind eine Familie von Klimasündern, und ich würde darum am kommenden Samstag an der Klimademo eine schlechte Falle machen. Deshalb gehe ich nicht hin. Aber was tun? Vielleicht öfter vegetarisch kochen? Und dafür jeweils nur am Sonntag einen schönen Braten zubereiten, so wie meine Mutter früher? Oder ganz einfach auf meinen jüngeren Sohn hören, der vom Leiden an der Welt noch nicht allzu viel mitbekommen hat? «Wir sollten nach Lissabon fliegen», sagt er, «das Flugzeug startet auch ohne uns.» Das ist keine Lösung, aber immerhin ein Trost.

Patrick Imhasly ist Redaktor im Ressort Wissen der «NZZ am Sonntag».